

## Einleitung: Ziele und Aufbau der didaktischen Materialien

Till van Treeck

**Die freien Bildungsmaterialien zur Schuldenkrise vermitteln Grundlagen im Bereich makroökonomischer Konzepte. Über Hintergrundtexte können Standpunkte im größeren Kontext betrachtet und ökonomischen Schulen zugeordnet werden. Daneben gibt es eine Vielzahl an Datenmaterial und Arbeitsblätter.**

Die vorliegenden didaktischen Materialien begleiten das Dossier "Europäische Schuldenkrise" und verfolgen dabei folgende Ziele:

- Anhand von **Hintergrundtexten** sollen Grundlagen im Bereich makroökonomischer Konzepte gelegt werden. Diese sollen helfen, die in den Videos und in den 17 schriftlichen Debatten des Dossiers formulierten Standpunkte im größeren Kontext zu betrachten und konkurrierenden ökonomischen Denkschulen zuzuordnen. Im Mittelpunkt steht dabei der **Ideenstreit zwischen den Denkschulen** der Neoklassik (Angebotsorientierung) und des Keynesianismus (Nachfrageorientierung).
- Es wird relevantes Datenmaterial zum besseren Verständnis der wirtschaftlichen Problemlagen im Euroraum aufbereitet. Die Lernenden können so ein Verständnis dafür gewinnen, wie technische ökonomische Kennziffern (z.B. Wirtschaftswachstum, Haushaltsdefizite, Staatsverschuldung, Exportüberschüsse und -defizite) im Zusammenhang interpretiert werden können.
- Mit Hilfe von Arbeitsblättern können Lernende die Inhalte der Hintergrundtexte und Debatten in Eigenarbeit wiederholen und durchdringen. Lehrende können in Kürze auf zusätzliche Lösungsblätter zurückgreifen.

### Zwei Erzählungen einer Krise

Politikerinnen und Politiker, Ökonominen und Ökonomen sind sich in ihren Ansichten über die Ursachen der Eurokrise uneins. Wir unterscheiden in den didaktischen Materialien zwischen der neoklassischen und der keynesianischen Position. Dies ist zweifellos eine starke Vereinfachung, da viele Wissenschaftler neoklassische und keynesianische (und weitere) Theorieelemente in ihren Arbeiten kombinieren, um die Krise zu verstehen. Jedoch ist es aus pädagogischen Gründen sinnvoll, zwei idealtypische theoretische Ansätze zu identifizieren, um den hohen Grad an Kontroversität hervorzuheben, der die Diskussionen um Ursachen und Bewältigungsstrategien im Zusammenhang mit der Eurokrise kennzeichnet.

**Neoklassische** Ökonominen und Ökonomen kommen typischerweise zu der Schlussfolgerung, dass möglichst wenig regulierte Märkte zu den besten Ergebnissen führen und zumindest für die längere Frist Versuche staatlicher Nachfragesteuerung kritisch zu sehen sind. Man spricht im Zusammenhang mit der Neoklassik auch von angebotsorientierter Wirtschaftstheorie, weil insbesondere günstige Produktionsbedingungen der Unternehmen als vorteilhaft für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung angesehen werden. Arbeitslosigkeit wird häufig auf ineffiziente Arbeitsmärkte und zu hohe Lohnanforderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. der Gewerkschaften zurückgeführt.

Demgegenüber empfehlen Vertreter des **Keynesianismus**, die sich auf den britischen Ökonomen John Maynard Keynes berufen, typischerweise eine aktive Steuerung der Nachfrage. Das bedeutet, dass in wirtschaftlichen Schwächephasen, in denen die privaten Haushalte und Unternehmen zu wenig Güter und Dienstleistungen nachfragen und deshalb die Arbeitslosigkeit steigt, die Geld- und Fiskalpolitik gegensteuern sollten: Die Zentralbank sollte in einer solchen Situation die Zinsen senken, um Kredite für Haushalte und Unternehmen günstiger zu machen (Geldpolitik). Der Staat sollte seine Ausgaben erhöhen, um direkt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu erhöhen (Fiskalpolitik). Überdies werden Maßnahmen empfohlen, die auf eine vorteilhafte Einkommensverteilung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. die unteren und mittleren Einkommensschichten abzielen, um die Massenkaufkraft und damit die Güternachfrage zu stärken.

In Bezug auf die Eurokrise sieht die eher **neoklassisch** orientierte Ökonomie tendenziell die hohe Staatsverschuldung in den Krisenländern (zunächst Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, zunehmend auch Frankreich und Italien) sowie deren mangelnde Wettbewerbsfähigkeit wegen zu hoher Löhne bzw. zu starker oder falscher Regulierung der Arbeits- und Produktmärkte (z.B. Kündigungsschutz, Arbeitslosenunterstützung, bürokratische Vorschriften, Ineffizienz der staatlichen Verwaltung) als Hauptursachen der Krise. Aus dieser Perspektive sollten Reformen zur Verbesserung der Effizienz von Arbeits- und Produktmärkten (Strukturreformen) mit einer staatlichen Sparpolitik (Austeritätspolitik), und hierbei insbesondere mit der Senkung von Staatsausgaben, kombiniert werden.

Demgegenüber kritisieren eher **keynesianisch** orientierte Ökonominnen und Ökonomen insbesondere die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in Deutschland und anderen Ländern mit hohen Exportüberschüssen. So wird argumentiert, dass die Löhne in Deutschland seit der Einführung des Euro im Jahr 1999 zu wenig gestiegen seien und dass die Ausgaben des Staates sich zu schwach entwickelt hätten. Beides habe zu einer Schwächung der Güternachfrage in Deutschland beigetragen, so dass die Unternehmen in Deutschland immer stärker von Exporten von Gütern und Dienstleistungen ins Ausland und damit von der steigenden Verschuldung des Auslands abhängig geworden seien. Des Weiteren wird die Austeritätspolitik kritisiert, welche aus keynesianischer Sicht die Nachfrage schwächt und die Krise weiter verschärft.

## Unterrichtsmaterial für das Thema Wirtschaft – was Lehrende und Lernende beachten sollten

In der medialen Berichterstattung und selbst in Unterrichtsmaterialien zur ökonomischen Bildung entsteht bisweilen der Eindruck, bestimmte ökonomische Analysen und daraus abgeleitete wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen seien nicht hinterfragbar, weil sie auf vermeintlich objektiven ökonomischen Gesetzen beruhen. Dies gilt bisweilen auch für Unterrichtsmaterialien zur Eurokrise<sup>[1]</sup>, in denen teilweise einseitige Standpunkte als scheinbar eindeutige Lernziele ausgegeben werden.

Leitlinie für die (sozio-)ökonomische Bildung sollte jedoch grundsätzlich der **Beutelsbacher Konsens** sein, welcher sich in der politischen Bildung seit Jahrzehnten bewährt hat. Insbesondere heißt es hier im Rahmen des sogenannten Kontroversitätsgebots: "Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen."

Ein zentrales Ziel des Dossiers "Europäische Schuldenkrise" und der begleitenden didaktischen Materialien besteht darin, den hohen Grad an Kontroversität zu verdeutlichen, der wirtschaftspolitische Debatten im Allgemeinen und in Bezug auf die Eurokrise im Besonderen kennzeichnet.

## Fußnoten

1. Philipp Kortendiek, Till van Treeck: Die Eurokrise unterrichten – Was lernen SchülerInnen in Deutschland und Frankreich über die Eurokrise? CIVES-Praxistest #4, hrsg. von der Universität Duisburg-Essen 2015, Online unter: [http://cives-school.de/wp-content/uploads/2015/08/CIVES-Praxistest4\\_DE.pdf](http://cives-school.de/wp-content/uploads/2015/08/CIVES-Praxistest4_DE.pdf) (Stand: 25.11.2016)



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. by-nc-sa/4.0  
Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.